

Beiträge zum Thema
Widerstand

BERLIN

16

WOLFGANG WIPPERMANN

Antifaschismus in der DDR:
Wirklichkeit und Ideologie

INFORMATIONSZENTRUM BERLIN
GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE STAUFFENBERGSTRASSE

I. Die einseitige Wirklichkeit

„Auf dem Territorium der DDR wurden die Grundsätze von Nürnberg von Anbeginn an mit Leben erfüllt. Nazi- und Kriegsverbrecher sind hier nicht nur strafrechtlich verfolgt und abgeurteilt, sondern auch enteignet worden. Die sozialen Wurzeln der faschistischen Verbrechen wurden ausgemerzt, und es sind gesellschaftliche Verhältnisse geschaffen worden, die eine Aggression sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für alle Zukunft ausschließen!.“

Eine derartige Aussage kann man in Publikationen der DDR, aber auch bei einigen Autoren der Bundesrepublik wiederholt antreffen. Sie gibt das Selbstverständnis der DDR als sozialistischer und antifaschistischer Staat auf deutschem Boden wieder. Im folgenden sollen einige der in diesem Zusammenhang besonders häufig verwandten Argumente herausgegriffen und kritisch analysiert werden.

1. Die Verfolgung von NS-Verbrechen auf dem Territorium der DDR

Bis 1965 sind im Gebiet der DDR 12 807 Personen wegen Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt worden; davon 118 zum Tode, 231 zu lebenslänglichem Zuchthaus und 3171 zu Zuchthaus über 10 Jahren. Mit einem gewissen ‚Stolz‘ vermerkt daher Peter Przybylski, der, wie es im Klappentext seines Buches heißt, „auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit als Moderator der beliebten Fernsehendereihe ‚Der Staatsanwalt hat das Wort...‘ zu den populärsten Vertretern der sozialistischen Justiz in der DDR“ zählen soll:

„Obwohl die DDR nur ein Drittel des Territoriums des ehemaligen deutschen Reiches umfaßt und zahlreiche Naziverbrecher 1945 in die Westzonen bzw. in die BRD geflohen waren, ist die Zahl der hier verurteilten Täter doppelt so hoch wie in der BRD – von der Höhe des durchschnittlichen Strafmaßes ganz zu schweigen²⁾.“

Kritisch ist folgendes anzumerken:

a) Eine derartige ‚Teilung‘ der nun wirklich ‚gesamtdeutschen‘ Geschichte und historischen Verantwortung ist m. E. dem Sachverhalt und der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ nicht angemessen.

b) Bei aller juristischen und politischen Problematik der Behandlung der NS-Prozesse in der Bundesrepublik ist auf die Bemerkung Przybylskis zu verweisen, daß 95 Prozent der Verurteilungen wegen Nazi- und Kriegsverbrechen bereits bis zum 31. Dezember 1950 abgewickelt waren³⁾. Hier werden also offensichtlich auch sogenannte Entnazifizierungsverfahren mitgezählt. Der Bundesrepublik ist wohl kaum ‚anzulasten‘, daß „zahlreiche Naziverbrecher in die Westzonen“ geflüchtet sind.

c) Es ist für die mehr propagandistischen als juristischen Zielsetzungen der DDR bezeichnend, daß in der erwähnten Statistik auch die Urteile des Obersten Gerichts der DDR gegen Oberländer (1960), Schäfer (1961) und Dr. Globke (1963) mitgezählt worden sind.

2. Die Säuberungen in Verwaltung, Justiz und Heer

Zu den in der DDR verwirklichten „Grundsätzen von Nürnberg“ rechnet Przybylski (und mit ihm viele andere Autoren) auch den Ausschluß von ehemaligen Nazis aus Politik, Justiz, Verwaltung und Heer. In dem Buch des DDR-Historikers Klaus Mammach über „Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939“, das 1974 in der Bundesrepublik erschienen ist, heißt es hierzu:

„Während der Staatsapparat der DDR aufgebaut wurde mit den Widerstandskämpfern aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers wurden in der Bundesrepublik Hitlers Staatssekretär Globke, Himmlers SS-Führer Preusker, Richter aus den Blutgerichten des Faschismus, Offiziere aus der Wehrmacht Hitlers und Görings zu Trägern des Staates, des Rechtswesens, der Verwaltung, der bewaffneten Kräfte“.

Kritisch ist folgendes anzumerken:

a) Von ‚westlicher‘ Seite ist wiederholt auf ehemalige Nazis in politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Institutionen der DDR hingewiesen worden⁵⁾.

b) Autoren der DDR haben dagegen betont, daß einzelne der in diesem Zusammenhang genannten Personen geläutert seien, weil sie sich etwa im Nationalkomitee Freies Deutschland gegen den Faschismus oder nach 1945 in verschiedenen Organisationen für den jetzt „real existierenden Sozialismus“ eingesetzt hätten. Dann ist jedoch die Frage erlaubt, ob es neben einer derartigen ‚kommunistischen‘ nicht auch eine ‚demokratische Läuterung‘ gibt.

c) Persönlich halte ich ein derartiges ‚Aufrechnen‘ von ‚westlichen‘ und ‚östlichen‘ Nazis für inadäquat und angesichts von Holocaust auch für unwürdig. Obwohl das Vorhandensein von alten und neuen Nazis ein Problem in der Geschichte der Bundesrepublik ist, das nicht ernst genug genommen werden kann, spricht die oben zitierte, weit verbreitete Ansicht in ihrer polemischen Überspitzung und Einseitigkeit für sich.

3. „Demokratische Bauernreform“, Enteignungen, Sozialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft

Przybylski behauptet, daß in der DDR die „sozialen Wurzeln der faschistischen Verbrechen ... ausgemerzt (!)“ und die „gesellschaftlichen

Verhältnisse geschaffen worden (seien)“, die eine Aggression sowie Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für alle Zukunft ausschließen würden⁶).

Kritisch anzumerken ist folgendes:

a) Folgt man der Volksweisheit: ‚Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!‘ – könnte man hämisch und besorgt zugleich darauf hinweisen, daß Przybylski den Begriff „ausmerzen“ aus der „Lingua Tertii Imperii“⁷) übernommen hat. Angesichts einer gewissen zeitgeschichtlichen Vergeßlichkeit kann darüber hinaus nicht oft genug betont werden, daß die „gesellschaftlichen Verhältnisse“ in der DDR gerade nicht verhindert haben, daß sich 1968 deutsche Truppen an einer „Aggression“ gegen einen Nachbarstaat beteiligt haben.

b) Von Anfang an sind in der SBZ und späteren DDR keineswegs nur „Nazi- und Kriegsverbrecher“ und Mitglieder der NSDAP, sondern auch gänzlich ‚unbelastete‘ Personen enteignet worden. Dies traf schon für die sogenannte „demokratische Bauernreform“ zu. Schließlich waren nicht alle „Junker“ Faschisten oder Helfershelfer der Faschisten. Es gab auch den 20. Juli! Diese Enteignungspolitik wurde dann bekanntlich fortgesetzt, bis mit der Kollektivierung der Landwirtschaft auch die Ergebnisse der antifaschistisch-demokratischen Bauernreform revidiert wurden.

c) Diese Bemerkungen weisen auf den einfachen, aber häufig nicht berücksichtigten Tatbestand hin, daß nicht nur der Begriff ‚demokratisch‘, sondern auch der Terminus ‚antifaschistisch‘ in der DDR eine andere Bedeutung hat als in der Bundesrepublik.

Um meine These zu beweisen, daß der Antifaschismus in der DDR auch als Ideologie anzusehen ist, wende ich im folgenden Methoden einer positivistischen und genetisch-funktionalen Ideologiekritik an⁸). Das heißt: Wesentliche Thesen und Aussagen über Faschismus und Antifaschismus sollen mit der Wirklichkeit konfrontiert und in den jeweiligen zeitgeschichtlichen Kontext gestellt werden, wobei nach der politischen und sozialen Funktion zu fragen ist. In diesem Zusammenhang wird vom Selbstverständnis der DDR ausgegangen, wie es in geschichtswissenschaftlichen Publikationen zum Ausdruck kommt, die, anders als in der Bundesrepublik, einen ideologisch richtungsweisenden und normativen Charakter haben.

II. Antifaschismus als Ideologie

1. Was ist Faschismus?

In der DDR geht man von folgender Definition des Faschismus aus, die im Dezember 1933 auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der

Kommunistischen Internationale formuliert und dann 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern übernommen wurde:

„Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals).“

Die Faschismuskonstruktion der DDR gleicht nun in vieler Hinsicht einer ‚Exegese‘ dieser Definition; d. h. es wird gefragt, wer die „am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ waren, die den Aufstieg des Faschismus zu verantworten und seine Politik bestimmt haben.

In diesem Zusammenhang wurde zunächst einmal personalisierend-kriminalistisch auf bestimmte Hauptschuldige hingewiesen. So nannte etwa Walter Ulbricht „Thyssen, dessen Raubvogelgesicht seinen Charakter treffend wiedergibt“, „Krupp, der Patenzünder an eine englische Rüstungsfirma“ verkauft habe, von Borsig, der „in ganz Deutschland als grimmiger Arbeiterfeind berüchtigt“ gewesen sei etc. Diese „plutokratischen Führer der großen Konzerne“, diese „Hochverräter an den nationalen Interessen des deutschen Volkes“ hätten vom „ersten Tage der Hitlerherrschaft an“ die „ganze deutsche Wirtschaft kommandiert und über die Staatsführung bestimmt“¹⁰).

Von diesen personalisierenden Deutungen ist die sogenannte Monopolgruppentheorie zu unterscheiden. Danach habe sich in Deutschland im Zuge der wachsenden Konzentration in der Wirtschaft ein „Finanz- und Industriekomplex als Führungsgruppe im Oligopol etabliert“. Um die Führung in diesem Oligopol würden jedoch immer wieder Konkurrenzkämpfe ausbrechen. So habe sich in der Weimarer Republik zunächst die Chemie-Elektro-Gruppe mit einer „wendig parlamentarischen Linie“ gegenüber der „abenteuerlich-militaristischen“ Taktik der Kohle-Eisen-Stahl-Gruppe durchsetzen können, welche schon früh die NSDAP finanziell unterstützt habe. In der Weltwirtschaftskrise habe sich dann dieses Kräfteverhältnis verändert. Die Kohle-Eisen-Stahl-Gruppe, die von der Weltwirtschaftskrise besonders schwer getroffen worden sei, habe die andere Monopolgruppe davon überzeugen können, daß diese Krise nur durch die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterschaft und das hieß gleichzeitig: durch die Errichtung der faschistischen Diktatur, zu überwinden sei¹¹).

Kritisch anzumerken ist hier folgendes:

a) Seltsamerweise sind die Historiker der DDR der Frage nicht nachgegangen, ob man an einem allgemeinen Faschismusbegriff festhalten kann, d. h. ob die Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Faschismen, insbesondere zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland größer sind als die Unterschiede.

b) Durch die erwähnte Definition des Faschismus wird nicht geklärt, wie Faschismus entsteht, und wie es der faschistischen Partei gelingt, eine Massenbasis zu gewinnen. Sozialgeschichtliche und sozialpsychologische Analysen der Mitglieder- und Wählerschaft der NSDAP und der übrigen faschistischen Parteien sind vernachlässigt worden.

c) Die Angaben über Höhe und Zeitpunkt der finanziellen Zuwendungen industrieller Kreise an die NSDAP sowie über den tatsächlichen politischen Einfluß der Wirtschaftsführer im Dritten Reich sind innerhalb der ‚westlichen‘ Forschung bestritten worden.

d) Generell ist m. E. zu kritisieren, daß es nicht ausreicht, ‚den‘ Faschismus mit der Beantwortung der Frage nach seiner sozialen Funktion (cui bono?) zu definieren. Holocaust kann und darf nicht als simples Resultat der „offenen, terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ angesehen werden. Die rassenideologische Zielsetzung des deutschen „Radikalfaschismus“ (Nolte) ist ernst zu nehmen. Sie konnte weitgehend verwirklicht werden, weil die nationalsozialistische Staatsführung über eine verselbständigte Position verfügte.

2. Was ist Antifaschismus?

Zur Historisierung und Ideologisierung des Begriffs Antifaschismus in der DDR

2.1 Der Antifaschismus der KPD

Nach ihrem Selbstverständnis hat die DDR „alle großen, progressiven Ideen, die das deutsche Volk je hervorgebracht hat, ... das Vermächtnis aller Kämpfe um ein Reich des Friedens und der sozialen Sicherheit, der Menschenwürde und Brüderlichkeit erfüllt“¹²). Zu diesem „Vermächtnis“, das die SED angetreten haben will, wird vor allem die Politik der KPD und der Antifaschismus gezählt. So heißt es in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“:

„Die Geschichte der Weimarer Republik lehrt, daß Herrschaft des Imperialismus und echte Demokratie unvereinbare Gegensätze sind und daß der Widerspruch zwischen den Interessen der herrschenden monopolkapitalistischen Gruppen und den Lebensinteressen der Volksmassen unüberbrückbar ist. Das Ende der Weimarer Republik bestätigt die Richtigkeit der Feststellung der KPD, die allein einen den Interessen der Nation entsprechenden Weg wies: Echte Demokratie kann es nur geben, wenn Monopolkapitalisten, Großgrundbesitzer und Militaristen aus allen Machtpositionen entfernt werden und die Werktätigen, geführt von der geeinten Arbeiterklasse, das Geschick des Staates und die Leitung der Wirtschaft in ihre Hand nehmen“¹³).

Mit dem Hinweis auf derartige ‚Lehren der Geschichte‘ wird die Politik der SED historisiert und legitimiert. Unter diesem gegenwartspoli-

tischen Aspekt wird die Politik der KPD gegenüber dem Faschismus verherrlicht und ideologisiert. So behauptet Klaus Mammach:

„Vom ersten Tage der faschistischen Diktatur an wies die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse (gemeint ist die KPD) den Kampf gegen das Naziregime Ziel und Weg. Vom ersten Tage an organisierte sie den antifaschistischen Widerstand. Seit ihrer Gründung 1918 hatte die KPD konsequent gegen Imperialismus und Militarismus gekämpft. Als erste politische Kraft hatte sie zu Beginn der zwanziger Jahre die Auseinandersetzung mit dem Faschismus begonnen und seitdem entschieden geführt¹⁴⁾.“

Da die SED ihre jeweilige Politik mit dem Hinweis auf die der KPD legitimiert und historisiert, muß gleichzeitig die Haltung der KPD als im wesentlichen richtig dargestellt werden. Dies führt dann zu einer Verfälschung und Ideologisierung der Geschichte. In diesem Zusammenhang sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

a) Die KPD hat von Anfang an die demokratisch-parlamentarische Regierungsform der Weimarer Republik entschieden abgelehnt und bekämpft, weil sie hierin nur den politischen Ausdruck einer imperialistischen Herrschaft sah. Die Unterschiede, die zwischen parlamentarischen und faschistischen ‚kapitalistischen‘ Staaten bestehen, wurden nicht bemerkt. Der antifaschistische Kampf wurde als antikapitalistischer geführt, der mit der Zerschlagung der parlamentarischen Republik und der Errichtung der Diktatur des Proletariats unter Führung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse und ihres ZKs enden müsse. Diese Zielsetzung der KPD wurde von den demokratischen Kräften in der Weimarer Republik, vor allem von der SPD, nicht geteilt und entschieden abgelehnt. Die SPD betrachtete die parlamentarische Demokratie als notwendigen und unverzichtbaren Ausgangspunkt für die Schaffung eines demokratischen Sozialismus auf friedlichem und evolutionärem Wege. Dies ist der entscheidende Grund, weshalb es nicht zur antifaschistischen Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien gekommen ist.

b) Die KPD hat nicht nur Faschismus und Kapitalismus weitgehend identifiziert und daher folgerichtig vom „Seeckt-, Brüning-, Papen- und Schleicherfaschismus“ gesprochen, sondern von 1928 bis 1935 der SPD vorgeworfen, „Schrittmacher“, „Steigbügelhalter“, „Flügel“, ja gefährlichste „Form des Faschismus“ überhaupt zu sein. Diese Sozialfaschismustheorie ging auf die schon 1924 von Stalin formulierte These zurück, wonach die Sozialdemokratie der „Zwillingsbruder“ des Faschismus sei¹⁵⁾.

Angesichts dieser Diffamierungen haben allerdings auch Sozialdemokraten der KPD vorgeworfen, im offenen oder geheimen Bündnis mit der NSDAP die von der SPD geschaffene und verteidigte Republik zu zerstören. „Nazis und Kozis“ seien „gleiche Brüder mit ungleichen

Kappen¹⁶). In diesem Zusammenhang wurde auf verschiedene Vorfälle hingewiesen, bei denen Nationalsozialisten und Kommunisten tatsächlich gemeinsame Sache gemacht hatten. Hier ist zunächst der sogenannte „rot-braune“ Volksentscheid vom Sommer 1931 zu nennen, als NSDAP und KPD durch einen Volksentscheid die Auflösung des sozialdemokratisch geführten preußischen Landtages (Regierung Braun/Severing) erzwingen wollten. Selbst in der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ wird diese Entscheidung der KPD als verhängnisvoll kritisiert. Sie sei auf den temporären Einfluß sogenannter „sektiererischer“ Kräfte innerhalb der KPD (Neumann, Remmele) und der Komintern (Stalin) zurückzuführen¹⁷). Häufig erwähnt wurde auch der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG) im November 1932, der von Nationalsozialisten (NSBO) und Kommunisten (RGO) gemeinsam geführt wurde, nachdem der ADGB eine Unterstützung abgelehnt hatte, weil bei der Urabstimmung die für den Streikbeschuß notwendige Stimmenzahl nicht erreicht worden war. Zu nennen sind aber noch weitere gemeinsame Aktionen von Nationalsozialisten und Kommunisten in Landes- und Kommunalparlamenten, die vor allen Dingen von den regionalen Zeitungen der SPD sorgfältig registriert und mit äußerster Erbitterung kommentiert wurden. Wenig bekannt ist heute, daß im Frühjahr 1932 mit den Stimmen der NSDAP und KPD der Oldenburger Landtag aufgelöst wurde. Die Nationalsozialisten gewannen die Wahl und bildeten unter dem Gauleiter Röver die erste rein nationalsozialistische Landesregierung¹⁸).

Von den Historikern der DDR und ihnen nahestehenden westdeutschen Autoren wird nun in diesem Zusammenhang immer wieder betont, daß die KPD doch im Juli 1932 nach dem sogenannten „Preußenschlag“, im Januar/Februar 1933 und bei einigen anderen Gelegenheiten der SPD ein Aktionsbündnis gegen den Faschismus vorgeschlagen habe. Diese Einheitsfrontangebote richteten sich jedoch vor allem an die Mitglieder der SPD, die auf diese Weise von ihrer Parteiführung getrennt werden sollten. Dies ist auf dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 von Georgi Dimitroff ausdrücklich zugegeben und zugleich kritisiert worden. Die Sozialfaschismustheorie selbst wurde im Grunde erst 1935 aufgegeben, als viele Kommunisten und Sozialdemokraten schon fast zwei Jahre lang in den KZs drangsaliert worden waren.

c) Die wenigen kritischen Bemerkungen der Historiker der DDR am Antifaschismus der KPD und der Komintern werden meist mit dem Hinweis auf den VII. Weltkongreß der Komintern und der nachfolgenden sogenannten Brüsseler Konferenz der KPD, die im gleichen Jahr bei Moskau stattfand, relativiert¹⁹). Hier seien verschiedene Fehleinschätzungen, wie sie von einigen „sektiererischen“ „Links- und Rechtsabweichlern“, „Renegaten“, „Opportunisten“, „Ultralinken“, „Trotzkisten“ etc. vertreten worden seien, revidiert worden. Genannt wird

neben der Sozialfaschismusthese auch die Ansicht, daß das kapitalistische System weltweit, besonders aber in Deutschland, vor dem Zusammenbruch stehe, wie sie in der Zeit der ultralinken Politik der Komintern von 1928 bis 1935 vertreten worden war. Die auf dem VII. Weltkongreß vor allem von Dimitroff verkündete neue Taktik der antifaschistischen Volksfront wird zu Recht als bedeutende Wende in der Geschichte des Kommunismus angesehen.

Dennoch darf bei dieser in Ost und West häufig anzutreffenden Glorifizierung des VII. Weltkongresses nicht vergessen werden, daß viele Antifaschisten den stalinistischen Säuberungen zum Opfer fielen, daß die antifaschistische Sowjetunion sich 1939 nicht scheute, mit Hitler einen Vertrag abzuschließen und mit dessen Billigung die baltischen Staaten und große Teile Polens und Rumäniens zu annektieren. Häufig übersehen wird auch, daß die Sowjetunion den „großen vaterländischen Krieg“ keineswegs nur im Zeichen des Antifaschismus, sondern auch als nationalen ‚all-slavischen‘ Verteidigungskampf unter der Leitung des „großen Feldherren“, „weisen Staatsmannes“ etc. Josef Stalin führte.

Ein besonders trübes und daher meist verdrängtes Kapitel in der Geschichte der antifaschistischen Volksfront ist die Tatsache, daß kommunistische Interbrigadisten und sowjetische Geheimpolizisten im Spanischen Bürgerkrieg keineswegs nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen den „Trotzkismus“ gekämpft haben. Von diesem Schicksal war die antifaschistische POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) betroffen, die als „trotzkistisch“ angesehen wurde, tatsächlich aber eher der SAP (Sozialistischen Arbeiter Partei) nahestand, deren Mitglied Willy Brandt war²⁰).

Die Darstellung des Spanischen Bürgerkrieges in der Historiographie der DDR wäre eine eigene Untersuchung wert. Es ist daran zu erinnern, daß zu den Opfern der stalinistischen Säuberungen am Ende der 40er und zu Beginn der 50er Jahre neben vielen Juden auch viele Spanienkämpfer gehörten²¹).

d) Angesichts der Bemühungen der Komintern, auch bürgerliche Kräfte für eine antifaschistische Volksfront zu gewinnen, wird oft nicht beachtet, daß ein Bündnis mit den kommunistischen und sozialistischen Splittergruppen SAP, KPD-O (KPD-Opposition Thalheimers) sowie mit den tatsächlichen oder angeblichen „Trotzkisten“ und „Anarchisten“ nicht zustande gekommen ist. Obwohl die Einschätzungen des Faschismus, wie sie bei einigen Vertretern dieser Gruppen zu finden sind, häufig besser und realistischer waren als die der parteikonformen kommunistischen Theoretiker, werden sie auch heute noch von den Historikern der DDR entweder nicht erwähnt oder als „revisionistisch“, „apologetisch“, „antisowjetisch“, „sozialdemokratisch“ etc. verteufelt²²).

Die DDR transponiert gewissermaßen ihren ‚anti-linken Radikalenerlaß‘ auf das Feld der Geschichte marxistischer Faschismustheorien.

e) Jede Kritik an den Handlungen, Motiven und Zielsetzungen derjenigen Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen sowie der nicht-parteigebundenen Christen, Humanisten und Demokraten, die Widerstand geleistet haben, scheint mir angesichts des Mutes, den sie zeigten, und der Opfer, die sie brachten, in der einen oder anderen Weise deplaciert und ‚anstößig‘ zu sein. Dies gilt nicht zuletzt für die oft sehr verletzenden Bemerkungen von Historikern der DDR über sogenannte bürgerliche Widerstandskämpfer wie Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell, Johannes Popitz u. a., die ermordet wurden, oder für den Historiker Gerhard Ritter und den Politiker Eugen Gerstenmaier, die überlebten²³⁾.

Dennoch darf es für einen Historiker keine Frageverbote geben. Ohne polemisch zu werden, ohne ‚Gleiches mit Gleichem‘ vergelten zu wollen, ist zu fragen, ob die Darstellung des Widerstandes im Dritten Reich durch die Historiker der DDR der Wirklichkeit entspricht. Hat die KPD wirklich „der Arbeiterklasse“ im Kampf gegen das Naziregime „Ziel und Weg“ gewiesen²⁴⁾? Hat sie „den antifaschistischen Widerstand“ organisiert? Wurden nicht doch taktische Fehler gemacht, die vielen Mitgliedern das Leben kosteten, und aus denen man hätte lernen können? Kann man heute behaupten, daß Dimitroffs Losung vom „Massenwiderstand“ als dem „Alpha und Omega der kommunistischen Taktik“ der realen politischen Lage des Winters 1933 entsprach? Standen wirklich alle Widerstandskämpfer, die sich aus der Arbeiterschaft rekrutierten, unter dem direkten oder indirekten Einfluß der KPD? Muß der nicht-parteigebundene, teilweise nicht einmal organisierte Arbeiterwiderstand nicht stärker berücksichtigt werden etc.²⁵⁾? Die Geschichte der Arbeiterbewegung generell und insbesondere die Geschichte des Arbeiterwiderstandes im Dritten Reich kann nicht als Geschichte des ZKs der kommunistischen Partei verstanden und beschrieben werden.

2.2 Der Antifaschismus der SED

In einer Dokumentation über den „deutschen antifaschistischen Widerstand“, die vom westdeutschen Röderberg-Verlag herausgegeben worden ist, heißt es:

„Nur in der Deutschen Demokratischen Republik fand eine völlige Entmachtung der ehemaligen Naziführer, der Wirtschaftsgrößen und Großgrundbesitzer statt. Hierdurch wurden die Grundlagen für eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen. In der Bundesrepublik Deutschland wurde im Zusammenspiel der Besatzungsmächte und der deutschen Reaktion die Macht der Kreise wieder voll hergestellt, die in der Ver-

gangenheit die Hauptverantwortung für Hitlerfaschismus und Krieg trugen²⁶).“

Noch deutlicher wird Klaus Mammach:

„Die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, namentlich die bewußten, entschiedenen Antifaschisten der KPD und die mit ihr verbündeten Kräfte, verkörperten die progressive Linie deutscher Politik . . .

Ausdruck des Sieges der entschiedenen Antifaschisten und der Niederlage des deutschen Imperialismus ist die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, in der das Vermächtnis der Besten des deutschen Volkes, die im antifaschistischen Kampf ihr Leben einsetzten, verwirklicht wurde. Der Arbeiter- und Bauern-Staat ist das Erbe der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung. Er vollendete das begonnene Werk des Zusammenschlusses verschiedener politischer und sozialer Kräfte zu gemeinsamem Handeln und machte die einst angestrebten realistischen Ziele zu einer unumstößlichen Tatsache. Was damals noch Ziel und Sehnsucht war, wurde zur täglichen Praxis. Die Deutsche Demokratische Republik bewahrt nicht nur die Erinnerung an die Opfer, an den Mut und an die Leistungen der antifaschistischen Widerstandsbewegung, sondern geht unter Führung der SED auch weiter auf dem Weg voran, den einst die Helden des Kampfes gegen faschistische Barbarei und imperialistische Knechtung für Völkerverständigung, Frieden, Demokratie und Sozialismus beschritten²⁷).“

Dazu ist folgendes zu bemerken:

a) Die SED hat sich tatsächlich von Anfang an als die Erbin der „deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung“ verstanden. Mit dem ausführlich beschriebenen und kritisierten Hinweis auf die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes unter Leitung der KPD hat sie versucht, ihren Anspruch auf die „Führung“ beim Aufbau einer antifaschistischen Ordnung zu legitimieren.

Sozialdemokratische, christliche und konservativ-liberale Widerstandskämpfer, die sich diesem Anspruch entgegenstellten, wanderten in die Zuchthäuser, aus denen viele von ihnen gerade befreit worden waren. Antifaschisten und Widerstandskämpfer, die nicht der KPD angehört hatten und auch nach 1945 die Tradition eines sozialistischen, aber nicht parteigebundenen Antifaschismus fortsetzten, wurden entweder nicht beachtet oder ebenfalls verfolgt²⁸).

Antifaschismus wurde im Zeichen der „antifaschistisch-demokratischen Blockbildung“ und der „antifaschistischen Einheitsfront“ zur Legitimations- und Integrationsideologie der SED, die damit ihre innen- und

außenpolitischen Zielsetzungen rechtfertigte. Schließlich wurde selbst die Mauer zum „antifaschistischen Schutzwall“ stilisiert!

b) Angesichts dieser Ideologisierung der Begriffe Faschismus und Antifaschismus wurden im Westen im Zeichen des Kalten Krieges und der Spaltung Deutschlands diese Ausdrücke als kommunistische Propagandafloskeln aufgefaßt und im Sprachgebrauch weitgehend eliminiert. Im ‚Gegenzug‘ wurden Kommunisten als „rotlackierte Nazis“ (Schumacher) denunziert. Die Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten, wie sie schon zur Zeit der Weimarer Republik bei konservativen, liberalen und bei sozialdemokratischen Autoren anzutreffen war, wurde unter der Bezeichnung Totalitarismustheorie zur Leitlinie der politischen Bildung in Schule und Universität zur ‚westlichen Demokratie‘. Während der Arbeiterwiderstand weitgehend vernachlässigt wurde, konzentrierte sich das Interesse in Forschung und Lehre auf den konservativ-militärischen und christlichen Widerstand.

Doch seit den 60er Jahren wurde mehr und mehr die Tatsache berücksichtigt, daß es eben nicht nur den 20. Juli gab. Der Terminus Faschismus wurde wieder als allgemeiner und epochenspezifischer Begriff ‚entdeckt‘ und verwandt, obwohl sich gerade in jüngster Zeit angesichts der Unterschiede zwischen den einzelnen Faschismen die Zweifel an seiner Brauchbarkeit innerhalb der Wissenschaft mehren. Obwohl der Ausdruck Antifaschismus immerhin auch in den Sprachgebrauch von Politikern vorgedrungen ist, haftet ihm bei vielen Zeitgenossen immer noch das Odium kommunistischer Propaganda an.

Diese Wandlungen innerhalb der Geschichtswissenschaft und innerhalb des Geschichtsbewußtseins der Bundesrepublik sind in der DDR zwar konstatiert, aber gewissermaßen nicht mit vollzogen worden. Noch immer versteht man hier unter Widerstand im Dritten Reich vor allem den Antifaschismus der Arbeiterbewegung unter Führung der KPD, die wiederum von dem jeweiligen ZK die meist ‚richtigen‘ Weisungen erhielt. Noch immer wird im Stil und Tonfall des Kalten Krieges der Bundesrepublik vorgeworfen, die „Macht der Kreise“ wieder hergestellt zu haben, welche die „Hauptverantwortung für den Hitlerfaschismus und den Krieg“ trugen²⁹). Verschiedentlich wird sogar behauptet, die Bundesrepublik fördere direkt oder indirekt den Aufstieg des Neofaschismus und rüste für einen neuerlichen Krieg gegen die Sowjetunion. Ein ‚Wandel durch Annäherung‘ hat hier nicht stattgefunden. Diese starre Haltung ist unter anderem auf das ideologische Bestreben der SED zurückzuführen, ihre durch Wahlen nicht legitimierte Führung durch den Hinweis auf das kommunistisch-antifaschistische Erbe zu rechtfertigen. Zu diesen integrativen kommen dann bekanntlich repressive Herrschaftstechniken.

III. Konsequenzen und Postulate

1. Ideologiekritische Analysen der Darstellung und Bewertung von Faschismus, Antifaschismus und Widerstand in der Geschichtsschreibung der DDR und der Bundesrepublik sind notwendig, um verschiedenen Legendenbildungen in beiden deutschen Staaten entgegenzutreten.

2. Man sollte an dem Begriff des Antifaschismus festhalten, weil er dem Selbstverständnis nicht nur kommunistischer, sondern auch sozialdemokratischer und teilweise sogar konservativer Hitler-Gegner und Widerstandskämpfer entsprach. Dennoch ist, wie dieses Referat zeigen sollte, zwischen einem ‚parteilichen‘ (im Sinne der SED) und einem ‚demokratischen Antifaschismus‘ zu differenzieren.

3. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn die Geschichte des Faschismus, Antifaschismus und des Widerstands noch stärker als bisher in Universitäten und Schulen behandelt wird. Dabei ist das Prinzip der Ganzheit und Differenzierung zu beachten. Das heißt: Antifaschismus und Widerstand können nicht isoliert behandelt, sondern müssen im Zusammenhang mit der Entstehung, Struktur, sozialen Basis, sozialen Funktion und Zielsetzung des Faschismus betrachtet werden. Der Widerstand der Kommunisten muß ebenso berücksichtigt werden wie der der Sozialdemokraten, Liberalen und Konservativen sowie der nicht-parteigebundenen Christen, Sozialisten, Humanisten und Demokraten. Dabei sollte ‚Widerstand‘ in eine Skala verschiedener Verhaltensformen (Anpassung – nonkonformes Verhalten – Resistenz – Widerstand) eingeordnet und durch Beispiele aus dem Alltag verdeutlicht werden. Schließlich ist zwischen Motiven, Handlungen und Zielsetzungen der einzelnen Widerstandskämpfer und Widerstandsgruppen zu differenzieren.

4. Eine antifaschistische (bzw. antinazistische) politische Bildung muß m. E. wertend sein, sie muß dem demokratischen Grundwertekonsens verpflichtet sein. Dies heißt auch, daß über andere antidemokratische und terroristische Regime von Stalin bis Pol Pot und von Franco bis Pinochet nicht geschwiegen wird. Allerdings darf dies nicht zu einer Relativierung der im Grunde singulären nationalsozialistischen Verbrechen führen.

5. Faschismus, Antifaschismus und Widerstand müssen als ‚begriffene‘ und nicht ‚bewältigte‘ gesamtdeutsche Geschichte behandelt werden. Gerade diese Zeit wird im westlichen und östlichen Ausland zu Recht als unteilbare, deutsche Vergangenheit angesehen. Dies ist bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung um dieses innerdeutsche Problem zu beachten, ohne daß es hier zu einem ‚Wettkampf der Systeme‘ kommen sollte. Dem in der Bundesrepublik so häufig beklagten „Verlust an Geschichte“ (A. Heuß) ist ebenso entgegenzuwirken wie der Selektierung und Ideologisierung der Geschichte des Faschismus und Antifaschismus in der DDR.

Anmerkungen

- 1) Peter Przybylski, Zwischen Galgen und Amnestie. Kriegsverbrecherprozesse im Spiegel von Nürnberg, Berlin 1979, S. 152.
- 2) A. a. O., S. 158 f. Zahlen aus der hier abgedruckten Statistik.
- 3) Ebenda. Vgl. dazu: Adalbert Rückerl, Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen 1945–1978, Karlsruhe 1979 – mit weiteren Literaturhinweisen.
- 4) Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt a. M. 1974, S. 266.
- 5) Ehemalige Nazis in Pankows Diensten, hrsg. vom Untersuchungsausschuß freier Juristen, Berlin 5. Aufl. 1965. Es war mir nicht möglich, diese Angaben im einzelnen zu überprüfen.
- 6) Przybylski, Zwischen Galgen und Amnestie, S. 152.
- 7) Victor Klemperer, Lingua Tertii Imperii. Aus dem Wörterbuch eines Philologen, Berlin 1947.
- 8) Auf eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Ideologieproblem muß verzichtet werden. Methodisch folge ich: Kurt Lenk, Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1971, bes. S. 20–42. Weitere Ansätze in: ders. (Hrsg.), Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Neuwied–Berlin 1961, 4. Aufl. 1970. Zur parteilichen Ideologie und Ideologiekritik im Selbstverständnis der DDR: Stichwort Ideologie in: Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr, Bd. 2, 10. Aufl. Reinbek 1977, S. 546–548.
- 9) XIII. Plenum des EKKI, Dezember 1933, Moskau–Leningrad 1934, S. 277 (reprints).
- 10) Walter Ulbricht, Der faschistische deutsche Imperialismus 1933 bis 1945, 4. Aufl. Berlin 1956 (1. u. 2. Aufl. unter dem Titel: Die Legende vom „deutschen Sozialismus“, Berlin 1945), S. 13 f., 39 und 45.
- 11) Monopolgruppentheorie zuerst bei: Jürgen Kuczynski, Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland, in: ZfG (= Zeitschrift für Geschichtswissenschaft) 1961, S. 168–193. Übernommen dann von: Dietrich Eichholtz, Probleme einer Wirtschaftsgeschichte des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, T. 3, S. 97–127. Knapp zusammengefaßt: Dietrich Eichholtz / Kurt Goßweiler, Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945, in: Das Argument 47, 1968, S. 210–227.
- 12) Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte 1960–1970 (= ZfG Sonderband), S. 515.
- 13) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Ulbricht, Bd. 4, Berlin 1966, S. 391.
- 14) Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung, S. 11.
- 15) Zur Sozialfaschismustheorie vor allem: Siegfried Bahne, Sozialfaschismus in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History 10, 1965, S. 211–245. Kritisch zur Faschismuskritik der Komintern überhaupt: Wolfgang Eichwede,

Revolution und internationale Politik. Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–25, Köln 1971; Peer H. Lange, Stalinismus versus „Sozialfaschismus“ und „Nationalfaschismus“ Revolutionspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin 1927–1935, Göppingen 1969; Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationalen 1929 bis 1934, Berlin 1970; Nicos Poulantzas, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973; Gert Schäfer, Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, Offenbach 1973.

- 16) So wiederholt in der in Bremerhaven erschienenen, sozialdemokratischen „Norddeutschen Volksstimme“. Beispiele auch bei: Bärbel Hebel-Kunze, SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt a. M. 1977, S. 40 ff.
- 17) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 300 ff.
- 18) Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933, Düsseldorf 1978, S. 178 ff.
- 19) VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Referate und Resolutionen, neu hrsg. unter der Redaktion von Elfriede Leverenz, Frankfurt a. M. 1975; Die Brüsseler Konferenz der KPD (3.–5. Oktober 1935), hrsg. u. eingel. von Klaus Mammach, Frankfurt a. M. 1975.
- 20) Zur POUM vgl.: Pierre Broué / Émile Témime, Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt a. M. 1968, bes. S. 63 ff. Zur SAP: Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim 1965.
- 21) Hinweise darauf bei: Wolfgang Schieder / Christof Dipper, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936–1939), München 1976, S. 7–49.
- 22) Verhaltene Kritik selbst bei: Reinhard Kühnl, Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskritik 2. Ein Leitfaden, Reinbek 179, bes. S. 227 ff. Bei ihm findet sich allerdings die kuriose Begründung, daß die „Definition Dimitroffs ... allein schon deshalb revidiert werden müßte, weil sie aus dem Jahre 1935 stammt und also manche Bereiche der faschistischen Wirklichkeit noch gar nicht erfassen konnte“ (228). Abgesehen von der, allerdings wichtigen Detailkorrektur, daß die Definition nicht von Dimitroff stammte, sondern schon 1933 auf dem XIII. EKKI-Plenum formuliert wurde, stellt sich bei diesem denkwürdigen Satz Kühnls die Frage, was man dann mit den Aussagen von Marx und Engels anfangen kann. Erwähnenswert ist ferner, daß Kühnl von der „relative(n) Verselbständigung der faschistischen Ideologie“ (S. 231) spricht, was natürlich mit den tatsächlich marxistischen Theorien Thalheimers und O. Bauers nicht übereinstimmt, auf die sich Kühnl berufen möchte. Nicht die faschistische Ideologie, sondern die faschistische Exekutive konnte sich verselbständigen! Dadurch wurde die Verwirklichung der ideologischen Zielsetzung des deutschen „Radikalfaschismus“ möglich.
- 23) Werner Berthold u. a. (Hrsg.), Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch, Köln 1970, S. 421–435 (= Lizenzausgabe von: Unbezügliche Vergangenheit. Handbuch zur Auseinandersetzung mit der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung, Berlin 1970). Vgl. auch: Kühnl: Faschismustheorien, S 255: „Daß diese Meinungsverschieden-

heiten über Zeitpunkt, Reihenfolge und Ausmaß der Aggression (gemeint ist vor allem Goerdeler) nichts mit antifaschistischem Widerstand zu tun hatten, ergibt jede Inhaltsanalyse dieser Kontroversen – bis hin zu den dominierenden Gruppen in der Bewertung des 20. Juli (wobei dem Kreisauer Kreis eine gewisse Ausnahmestellung zukommt).“ Eine interessante Würdigung des Widerstandes konservativer Kreise dagegen bei: Sigrid Wegner-Korfes, *Der 20. Juli 1944 und das Nationalkomitee „Freies Deutschland“*. Aus persönlichen Unterlagen der Familie von Oberst Ritter Albrecht Mertz v. Quirnheim, in: *ZfG* 27, 1979, S. 535–544. Als Reaktion auf die geplante Preußenausstellung in Berlin erschien in dem SED-Organ „Einheit“ ein im ganzen überraschend positiver Artikel über „Preußen und die deutsche Geschichte“. Hier heißt es zum 20. Juli: „Erst als der im Interesse des deutschen Monopolkapitals von den Faschisten entfesselte und von der in der preußischen Tradition erzogenen Generälen geführte zweite Weltkrieg verloren ging, entsannen sich einige preußische Konservative der Konvention von Taurroggen und der Mahnung Bismarcks, es nie zum Konflikt mit Rußland kommen zu lassen. Einige von ihnen beteiligten sich am antifaschistischen Widerstandskampf und fanden den Weg zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“. (Horst Bartel/Ingrid Mittenzwei/Walter Schmidt, *Preußen und die deutsche Geschichte*, in: *Einheit* 34. Jg. Nr. 6 1979, S. 637–646.)

- 24) Mammach, *Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung*, S. 11. Folgende Zitate S. 65. Vgl. auch: *Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung*, S. 426: „Vom ersten Tag der Hitlerherrschaft an führte sie (= die KPD) den ununterbrochenen und opferreichen Kampf gegen die faschistische Diktatur und die zum zweiten Weltkrieg treibende Aggressionspolitik. In diesem Kampf, der in allen seinen Phasen vom Zentralkomitee der KPD mit Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an der Spitze organisiert und geleitet wurde, rang die Partei um den Zusammenschluß aller Hitlergegner.“
- 25) Vgl. dazu mit weiterführenden Literaturhinweisen: Detlev Peukert, *Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 28–29/1979, S. 22–36.
- 26) Peter Altmann/Heinz Brüdigam/Barbara Mausbach-Bromberger/Max Oppenheimer, *Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933–1945 in Bildern und Dokumenten*, Frankfurt a. M. 1975, S. 297.
- 27) Mammach, *Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung*, S. 262 f. Ähnliche Formulierungen auch in: *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Berlin 1976. Hier behauptet die SED von sich, daß sie „das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ erfüllt und fortsetzt und die „Erbin alles Progressiven in der Geschichte des deutschen Volkes“ sei (S. 5).
- 28) Vgl. zu dieser heute weitgehend vergessenen antifaschistischen Tradition: Peter Brandt, *Antifaschismus und Arbeiterbewegung*. Aufbau, *Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976*; Lutz Niethammer/Ulrich Bondorf/Peter Brandt (Hrsg.), *Arbeiterinitiative und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland*, Wuppertal 1976.
- 29) s. Anm. 26.

LITERATURHINWEISE

I. Faschismus, Antifaschismus und Widerstand aus der Sicht der DDR

A. Darstellungen:

1. Manfred Weißbecker, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Organisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Bd. 2, Leipzig 1970, S. 384 ff.
2. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Ulbricht, Bd. 4 und 5, Berlin 1966
3. Wolfgang Ruge, Deutschland von 1917 bis 1933 (Von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik), Berlin 1967, 3. Aufl. 1978 (= Lehrbuch der deutschen Geschichte. Beiträge Bd. 10)
4. Erich Paterna / Werner Fischer / Kurt Goßweiler / Gertrud Markus / Kurt Pätzold, Deutschland von 1933 bis 1939, Berlin 1969 (=Lehrbuch der deutschen Geschichte. Beiträge Bd. 11)
5. Wolfgang Bleyer / Karl Drechsler / Gerhard Förster / Gerhart Hass, Deutschland von 1939 bis 1945, Berlin 1969 (= Lehrbuch . . . Bd. 12)
6. Deutschland im zweiten Weltkrieg, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Gerhart Hass. Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Berlin 1974; Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975
7. Klaus Mammach, Die KPD und die deutsche antifaschistische Widerstandsbewegung 1933–1939, Frankfurt a. M. 1974

B. Dokumente

8. Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. u. eingel. von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969
9. Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. von Gerhart Hass und Wolfgang Schumann, Berlin 1972
10. Griff nach Südosteuropa. Neue Dokumente über die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus gegenüber Südosteuropa im zweiten Weltkrieg, hrsg. u. eingel. von Wolfgang Schumann, Berlin 1973
11. Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsg. u. eingel. von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Berlin 1975
12. Dokumente zur deutschen Geschichte, hrsg. von Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, H. 1–8, 1917–1945, Berlin 1975–1977

II. Kritische Darstellungen zu: Faschismus, Antifaschismus und Widerstand in der Historiographie der DDR

1. Charles F. Delzell / Hans Mommsen, Antifaschismus, in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. 1, Freiburg 1966, Sp. 220–237
2. Wolfgang Schieder, Faschismus, in: a. a. O., Bd. 2, Freiburg 1968, Sp. 439 bis 477
3. Günter Plum, Widerstandsbewegung, in: a. a. O., Bd. 6, Freiburg 1972, Sp. 961–983
4. Eike Hennig, Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland. Ein Forschungsbericht, Frankfurt 1977, bes. S. 257 ff.
5. Henry Ashby Turner, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972
6. Heinrich August Winkler, Die „neue Linke“ und der Faschismus: Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: ders., Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus, Göttingen 1978, S. 65–117
7. Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1972, 3. erw. Aufl. 1976, bes. S. 49 ff.
8. ders., „Deutsche Katastrophe“ oder „Diktatur des Finanzkapitals“? Zur Interpretationsgeschichte des Dritten Reiches im Nachkriegsdeutschland, in: Horst Denkler / Karl Prümm (Hrsg.), Die deutsche Literatur im Dritten Reich. Themen – Traditionen – Wirkungen, Stuttgart 1976, S. 9–43
9. ders., The Post-War German Left and Fascism, in: Journal of Contemporary History 11, 1976, S. 185–220
10. ders. u. Hans-Ulrich Thamer, Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme empirischer Faschismusforschung, Darmstadt 1977, bes. S. 1–21 u. 232–259

III. Zur Rolle und Funktion der Geschichtswissenschaft in der DDR

1. Dieter Riesenberger, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR – Aspekte und Tendenzen, Göttingen 1973
2. Jürgen Kocka, Theorieprobleme der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Begriffe, Tendenzen und Funktionen in West und Ost, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Geschichte und Soziologie, Köln 1972, S. 305–330
3. Ernst Nolte, Über das Verhältnis von „bürgerlicher“ und „marxistischer“ Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1973, S. 10 bis 21

Zum Verhältnis beider deutscher Staaten mit weiterführenden Literaturangaben:

Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974

Wolfgang Wippermann

Geboren 1945 in Bremerhaven. Studium der Geschichte, Germanistik, Politische Wissenschaft in Göttingen und Marburg. Staatsexamen 1971; Promotion 1975; Habilitation 1978. Assistenzprofessor und Privatdozent für Neuere Geschichte am Fachbereich 13 (Geschichtswissenschaften) der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1972 '1980; zusammen mit Hans-Ulrich Thamer, Faschistische und neofaschistische Bewegung. Probleme empirischer Faschismusforschung, Darmstadt 1977; Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979 (= Phil. Diss. Berlin FU 1975); Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes, Darmstadt 1981; Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels, Phil. Habil. Schr. FU Berlin 1978 (im Druck).

Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelwerken zu den Problemen des Faschismus, Marxismus, der deutsch-polnischen Beziehungen und der Geschichte der Juden.

Hinweis:

Bei dem vorliegenden Manuskript handelt es sich um die geänderte und erweiterte Fassung eines Referates, das der Autor im Schuljahr 1979/80 im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen für Berliner Lehrer in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße gehalten hat.

Veranstalter der Seminare waren der Senator für Schulwesen und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin.

© 1980 Informationszentrum Berlin
Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße
Stauffenbergstraße 14, 1000 Berlin 30
Redaktion: Wolfgang Göbel
Druck: Lichtwitz-Funk, Stauffenbergstraße 11–13, 1000 Berlin 30